

September 2022

# SOZIALRAUM PORTRAIT TORGAU- NORDWEST

Dominik Intelmann

**MUT**  
INTERVENTIONEN

*agjif*

Arbeitsgemeinschaft  
Jugendfreizeitstätten  
Sachsen e.V.

# INHALT

Einleitung.....	2
1. Torgau-Nordwest - eine Bestandsaufnahme .....	3
1.1. Geschichte von Torgau-Nordwest bis 1989 .....	3
1.2. Nordwest 1990 - 1999: „Ein Stadtteil mausert sich“? .....	3
1.3. Nordwest 2000 - 2009 .....	5
1.4. Nordwest in der Gegenwart .....	6
1.5. Demographische und soziale Situation .....	8
2. Aspekte des lokalen Konfliktsettings .....	10
2.1. Probleme des Alltags in Nordwest.....	10
2.2. Die „Problemböcke“ .....	11
2.3. Politische Dynamik in Nordwest.....	12
2.4. Gräfendorfer Geflügel- und Tiefkühlfeinkost Produktions GmbH .....	16
2.5. Akteursnetzwerk als Gremium der „Externen“ .....	17
2.6. Transnationales Städtennetzwerk .....	18
2.7. Die Ethnisierung der sozialen Frage .....	19
3. Vorschläge für eine Erweiterung von Handlungsfähigkeit in Nordwest.....	19
3.1. Genossenschaftsidee stärken .....	20
3.2. Betriebsräte stärken .....	20
3.3. "Produktion" vor Ort fördern .....	20
3.4. Alternative Städtepartnerschaften pflegen .....	21

# Einleitung

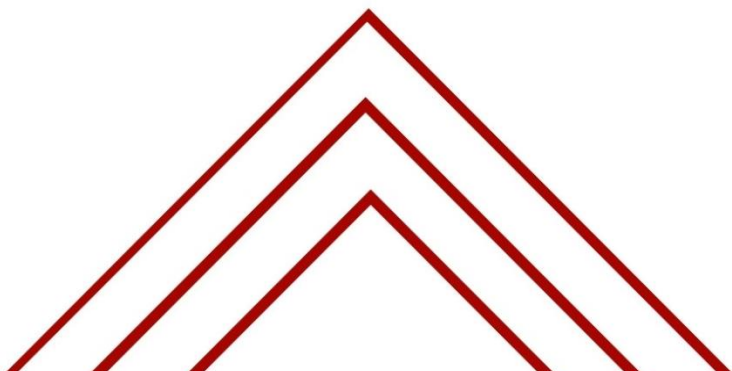
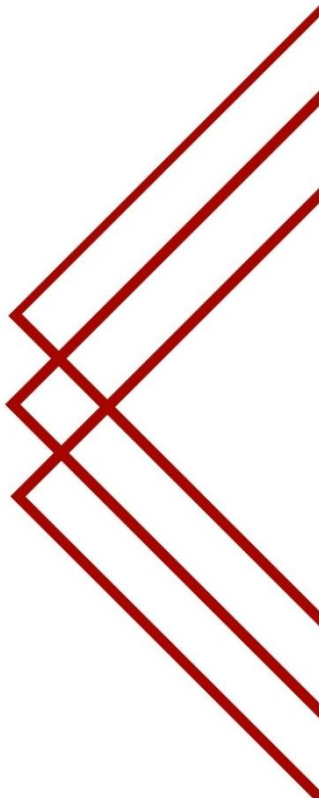
Das Sozialraumportrait zum Torgauer Stadtteil Nordwest (im Folgenden abgekürzt: NW) wurde im Rahmen eines Begleitprozesses von Fachkräften der Sozial- und Jugendarbeit durch das Projekt „MUT-Interventionen. Vielfalt.Lokal.Stärken.“ erstellt. Dafür führten wir Expert\*inneninterviews durch, sprachen mit lokalen Akteur\*innen, Bewohner\*innen und Jugendlichen. Zudem führten wir mehrere Stadtrundgänge durch und nahmen an öffentlichen Ereignissen im Stadtteil teil. Als äußerst relevant erwies sich jedoch ebenso ein tiefgreifendes Quellenstudium der örtlichen Tageszeitungen *Torgauer Zeitung* und *Leipziger Volkszeitung* von 1997 bis heute. Hier zeigten sich - sowohl für die externen Verfasser\*innen des Sozialraumportraits als auch für viele lokale Expert\*innen überraschend – die langen Linien einer krisenhaften Lokalgeschichte, deren Kontinuität nun 30 Jahre andauert.

Der Begriff des Sozialraumportraits ist bewusst gewählt und soll verdeutlichen, dass wir, im Gegensatz zu einer recht klar definierten Sozialraumanalyse, einen anderen Zugang gewählt haben. Uns geht es dabei nicht nur um eine Diagnose von Schwächen und Ressourcen eines Stadtteils, die in Lösungsvorschlägen münden. Vielmehr zeigt auch die online-Umfrage der von der Stadt Torgau beauftragten Freiraumgalerie Halle vom September 2021, dass es einerseits wichtig ist, die Erfahrungen der Menschen vor Ort ernstzunehmen, andererseits sie jedoch vor dem Hintergrund lokaler Realitäten in ihrer Widersprüchlichkeit zu betrachten und kritisch einzuordnen.

Im Folgenden wird daher der Versuch unternommen, die Entwicklung NW's seit seiner Entstehung zu rekonstruieren und eine Ortsgeschichte zu entwerfen, die bewusst konfliktorientiert ist. Wir gehen dabei davon aus, dass insbesondere Konflikte und Aushandlungsprozesse einen Einblick in den Charakter und die Eigenarten eines Sozialraums geben. Zentral ist dabei die Einbettung in räumlich übergeordnete Prozesse der Bundes- und der globalen Ebene, die NW in den letzten Jahren maßgeblich formten.

Das Portrait ist dabei in drei Teile gegliedert: Im ersten Teil wird eine Bestandsaufnahme NW's vorgenommen, in der die Geschichte und die soziale und demographische Situation des Viertels wiedergegeben wird. Im zweiten Kapitel werden die konkreten Konflikte in NW in den Blick genommen und in größere Zusammenhänge und Hintergründe eingebettet. Im dritten Teil folgt eine Zusammenfassung und Vorschläge für eine bessere Beteiligungskultur im Stadtteil.

Ziel des Portraits ist es daher, sowohl den lokalen Akteur\*innen als Handreichung für ihre Praxis zu dienen, als auch außenstehenden Interessierten eine Fallstudie vorzulegen, die einen Einblick in ein ostdeutsches Plattenbaugebiet ermöglicht, das exemplarisch für neuere Entwicklungen in der (Post-)Migrationsgesellschaft steht.



# 1. Torgau-Nordwest - eine Bestandsaufnahme

Nordwest ist ein kleiner Stadtteil am nordwestlichen Rand der Stadt Torgau im Landkreis Nordsachsen. In der DDR gebaut, hatte das Viertel nach der Wiedervereinigung mit Bevölkerungsrückgang und Abrissen eine für Plattenbaugebiete typische Entwicklung genommen. NW geriet dadurch sowohl stadträumlich als auch kulturell in eine Randlage. Ab Mitte der 1990er- Jahre wurde daher das städtebauliche Umfeld aufgewertet, Sozialarbeiter eingestellt, ein Quartiersmanagement eingerichtet und kulturelle Aktivitäten organisiert. Trotz dessen bündelten sich Krisenphänomene in den letzten 30 Jahren kontinuierlich und befeuerten immer wieder öffentlich geführte Problemdiskurse. Seit 2018 wird wieder verstärkt über die Lebensumstände in NW debattiert und zunehmend werden zur Bearbeitung der vielgestaltigen Konflikte auch externe Träger und Initiativen eingebunden.

## 1.1. Geschichte von Torgau-Nordwest bis 1989

1962-66 wurden unter der Bezeichnung "Neubaugebiet Zinnaer Straße" erstmals neue Mehrfamilienhäuser auf dem Gebiet des heutigen Wohngebiets NW gebaut. Aber erst im Zusammenhang mit dem Bau einer Floatglasanlage des VEB Flachglaskombinats Torgau wurde

1982 bis 1986 NW in seinen heutigen Ausmaßen errichtet. Wie in vielen Neubaugebieten des DDR- Wohnungsbaus wurden vornehmlich jungen Familien Wohnungen in den begehrten

Siedlungen angeboten - in NW waren dies die Arbeiter\*innen des damaligen Flachglaskombinats. 1985 bis 87 wurden mit der Eröffnung zweier Polytechnischer Oberschulen (heute Grundschule und Mittelschule NW) sowie einer Kaufhalle, einer HO-Gaststätte und eines Cafés auch die soziale Infrastruktur komplettiert. NW war zu einem beliebten Neubauviertel geworden, in dem Wohnen, Arbeiten und Freizeit auf eine für die DDR typische Art und Weise in Einklang gebracht wurden.

## 1.2. Nordwest 1990 - 1999: „Ein Stadtteil mausert sich“<sup>1</sup>

Bereits in den frühen 1990er-Jahren warnten Stadtsoziolog\*innen davor, dass sich in den nun als Plattenbaugebieten bezeichneten, ostdeutschen Wohngebieten Entmischungs- und Segregationsprozesse analog zu den ähnlich anmutenden Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus in Westdeutschland vollziehen könnten. Dem steuerte die Bundesregierung ab 1994 mit der Auflage mehrerer Förderprogramme entgegen, die auch für NW von Wichtigkeit wurden: Mit dem Programm „Städtebauliche Weiterentwicklung großer Neubaugebiete“ flossen ab 1994 15,75 mio. DM in die Sanierung der Wohnbauten NWs.

Gleichzeitig stellte sich die im Wiedervereinigungsprozess festgelegten Regelungen zu den sogenannten Altschulden aus DDR-Zeiten, die im Realsozialismus lediglich Verrechnungsposten zwischen verschiedenen staatlichen Institutionen waren, als große Bürde – teils bis zum heutigen Tag – heraus. Sowohl die Wohnungsbaugenossenschaft Torgau e.G. (WBG), welche mit 40,8 mio. Schulden in die „neue“ Zeit startete, als auch die Torgauer Wohnstätten GmbH mussten im Rahmen des Altschuldenhilfegesetzes 15 % ihrer Wohnungen privatisieren. Die

<sup>1</sup> So der Slogan eines Faltblatts der Stadtverwaltung aus dem Jahr 1997. Torgauer Zeitung 24.02.2004, S. 13.

Altschulden erwiesen sich als kontinuierliches Investitionshemmnis und sorgten dafür, dass die Wohnungsgesellschaften abhängig waren von politischen Entscheidungen, die anderswo gefällt wurden.

In ostdeutschen Plattenbaugebieten im Allgemeinen wie in NW im Speziellen setzte trotz der umfangreichen Sanierungstätigkeit ab Mitte der 1990er-Jahre ein regelrechter Exodus ein. Zunächst wurde dies als „Flucht vor der Reko“, also den persönlichen Einschränkungen durch die Wohnungsanierung interpretiert. Es war paradox: Seit 1997 flossen erneut Fördermittel in die Wohnumfeldgestaltung, aber der Abwärtstrend ließ sich dadurch nicht bremsen. Wie überall in Ostdeutschland ließ sich der Imageverlust der Plattenbauten nicht aufhalten, weshalb Wohnungsleerstände zunahmen und die Wohnungsgesellschaften unter Druck gerieten. Es wurde offensichtlich, dass die jungen, mobilen und einkommensstarken Haushalte den Stadtteil verließen und die soziale „Mischung“, bei der „Firmenchef und Arbeitsloser in Nordwest auf einem Flur“<sup>2</sup> lebten, der Vergangenheit angehörte.

Unter diesen Voraussetzungen – und gelenkt durch die städtischen Behörden – wurde NW ab 1995 erstmalig zum Ankunftsquartier von Migrant\*innen. Mit der Ankunft der sogenannten „Russlanddeutschen“ bzw. Spätaussiedler\*innen konnten die Wohnungsgesellschaften die Leerstände wieder temporär verringern. Die Bevölkerungszusammensetzung wandelte sich dadurch rasch: Im Jahr 2005 waren 43% der Bewohner\*innen NWs Spätaussiedler\*innen, 5% Ausländer\*innen und 52% Deutsche ohne Migrationshintergrund.<sup>3</sup> Diese Zahlen dürften für ein Plattenbaugebiet in einer ostdeutschen Kleinstadt zu dieser Zeit einmalig gewesen sein. Bereits in den 1990er-Jahren wurde der „Inselstatus“ NWs innerhalb der Stadt Torgau moniert. In der DDR war dies noch von Vorteil gewesen: Nähe zum Arbeitsplatz, zur Natur und zu den Möglichkeiten der Nahversorgung waren Resultate zeitgenössischer, gelungener Stadtplanung. Mittlerweile war jedoch das Zentrum Torgaus aufwändig saniert worden, womit dort auch repräsentative Funktionen, Kultur und Einkaufsgelegenheiten zentralisiert wurden. Ziel von stadtplanerischen Eingriffen ist es seitdem, die "isolierte Randlage der Siedlung"<sup>4</sup> aufzuheben und NW durch Aufwertung des öffentlichen Raums, Nahverkehrsanbindung und Feste wie die interkulturelle Woche in die Stadt zu integrieren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass NW bereits in den 1990er-Jahren als „Problemwohngebiet“ verhandelt wurde, in dem medial vor einer Gefahr zur „Ghetto-Bildung“ gewarnt wurde.<sup>5</sup> Breiten Raum in der Berichterstattung nahmen „Mülltourismus“, leerstehende "Müllhäuser" (Liegenschaften der ehemaligen Sowjetarmee) und die chaotischen Zustände bei der Sanierung der Ex-NVA-Blöcke in der Zinnaer Straße (es handelt sich dabei um die auch derzeit im Fokus stehenden, vermeintlichen „Problemböcke“) ein. Die wahrgenommene Insellage des Stadtteils und die zunehmenden Leerstände wurden mit

<sup>2</sup> Ulrich Niekler, Vorstand der WBG, in: Torgauer Allgemeine 10.12.1998, S. 11.

<sup>3</sup> Leipziger Volkszeitung, Ausgabe: Oschatzer Allgemeine 27.09.2005, S. 12.

<sup>4</sup> Torgauer Allgemeine 24.06.1997, S. 11.

<sup>5</sup> Torgauer Allgemeine 10.12.1998, S. 11. Darauf bezogen wird formuliert: „Ganze Blöcke und Straßenzüge sind nur noch von Rußlanddeutschen bewohnt“.

Städtebaufördermitteln bearbeitet, was aber nicht die erhoffte Wirkung zeitigte. Soziale Probleme äußerten sich in öffentlich wahrnehmbaren Alkohol- und Drogenkonsum, Auseinandersetzungen im örtlichen Jugendklub, nächtlichen Ruhestörungen - also jugendlicher Devianz im Allgemeinen, die in der medialen Öffentlichkeit häufig ethnisiert und mit der Anwesenheit jugendlicher Spätaussiedler\*innen in Verbindung gebracht wurde. Während in der Gesamtstadt verschiedene Jugendmilieus die Öffentlichkeit beschäftigten („Rechte, Linke, Straßenkinder“<sup>6</sup>), verliefen die Bruchlinien in NW eher zwischen den jugendlichen Spätaussiedler\*innen und den „Rechten“.

### 1.3. Nordwest 2000 - 2009

Mit dem Beginn des neuen Jahrtausends rückten zunehmend sozialpädagogische Instrumente für die Bearbeitung der sozialen Probleme NWs in den Fokus. Es wurde seitens des Stadtrats eingefordert, dass Jugendarbeit entsprechend der Gewohnheiten der Jugendlichen auch nach 19 Uhr noch Angebote bereit zu halten hätte und dass ein zweiter Streetworker für NW eingestellt wird.<sup>7</sup> Nach Aussage der damaligen Streetworkerin Yvette Kanitz gehörte „körperliche Gewalt unter Jugendlichen in Nordwest zum Alltag“ wobei sich aggressiv ausgefochtene Rivalitäten zwischen Jugendlichen aus der Innenstadt und NW's abzeichneten.<sup>8</sup>

Erneut wurden die Probleme hauptsächlich an der Herkunft der Jugendlichen festgemacht. So konstatierten Anwohner\*innen 2002 aufgrund „allabendlicher“ Ruhestörungen in einem breit diskutierten offenen Brief „eine zu hohe Konzentration“ von „Neubürgern“ und forderten „eine Verteilung auf die ganze Stadt und Umgebung“<sup>9</sup>. Aufmerksamkeit erlangte NW 2005 zudem aufgrund einer Gesundheitskonferenz des Landkreises, bei der die gesundheitliche Situation in NW als bedenklich eingeschätzt wurde. Im Zusammenhang mit einer örtlichen Arbeitslosenquote von 32 % wurde auf Zahnerkrankungen und Übergewicht bei Kindern sowie einem im Stadtvergleich auffälligen Alkohol- und Drogenmissbrauch hingewiesen.

Anfang der 2000er-Jahre zeigte sich zudem, dass die Abwanderungsdynamik mit den bisherigen Fördermitteleinsatz nicht in den Griff zu bekommen war: bei Leerständen von bis zu 30 % (2005), beantragte die Kommune die Teilnahme am Programm „Stadtumbau Ost“, wobei überwiegend der Projektteil Rückbau lanciert wurde.<sup>10</sup> Seit 2003 betreiben WBG und Wohnstätten GmbH die fördermittelgestützte Wohnungsmarktbereinigung, im Rahmen dessen insgesamt 750 Wohnungen abgerissen wurden. Damit konnte die Leerstandsquote bei der WBG bis 2009 tatsächlich auf 6,5 % gesenkt werden, wobei dabei die Stilllegung oberer Etagen zur Leerstandsminimierung als gewisse lokale Innovation betrachtet werden kann.<sup>11</sup>

Im Zusammenhang mit sozialen Problemen, aber auch der Moderation des Stadtumbaus wurde 2005 die Teilnahme am Programm „Soziale Stadt“ forciert. Damit konnte die

<sup>6</sup> Torgauer Allgemeine 13.03.1999, S. 13.

<sup>7</sup> Torgauer Zeitung 08.12.2000, S. 1.

<sup>8</sup> Torgauer Zeitung 12.01.2001, S. 15.

<sup>9</sup> Torgauer Zeitung 18.09.2002, S. 13.

<sup>10</sup> Torgauer Zeitung 17.11.2005, S. 13.

<sup>11</sup> Torgauer Zeitung 22.01.2009, S. 13. Auch heute noch existieren diese Räume und fungieren teilweise als soziale Orte der Hausgemeinschaften (Fitness- und Sporträume), die von außen nicht wahrnehmbar sind.

Kindertagesstätte "Biene Maja" saniert sowie ab 2007 ein Quartiersmanagement eingerichtet werden. Letzteres war auch der Ausgangspunkt zur Ausrichtung des Stadtteilstarfs NW im Rahmen der interkulturellen Woche, das seit 2008 jährlich stattfindet.

Es lässt sich resümieren, dass sich in den 2000er-Jahren die Erkenntnis durchsetzte, dass die kulminierenden sozialen Probleme „sich eben nicht nur mit einem schicken ‚Wohnumfeld‘ lösen lassen“<sup>12</sup>. Auch wenn sich die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen „Rechten“ und jugendlichen Spätaussiedler\*innen ab der zweiten Hälfte des Jahrzehnts offensichtlich verringerten, blieb „Fremdenfeindlichkeit noch in vielen Köpfen fest verankert“<sup>13</sup>.

Mit der Gesundheitskonferenz 2005 wurde offensichtlich, dass die sozialen Probleme nach nun mittlerweile ca. zehn Jahre andauernden Abstiegs des Wohnviertels NW allmählich ihre Langzeitwirkung entfalteten: „Armut macht krank“ schlussfolgerte der CDU-Landtagsabgeordnete Frank Kupfer in Bezug auf NW.<sup>14</sup> Nicht zu Unrecht wurde davor gewarnt, dass NW mit der Einführung von Hartz IV im Rahmen der Arbeitsmarktreform Agenda 2010 sich (einmal mehr) zum „sozialen Notstandsgebiet“ entwickeln könnte.<sup>15</sup>

Viele Hoffnungen wurden nun auf die Streetworker\*innen und die Resultate des Programms „soziale Stadt“ und damit auch auf das neue Quartiersmanagement gesetzt.

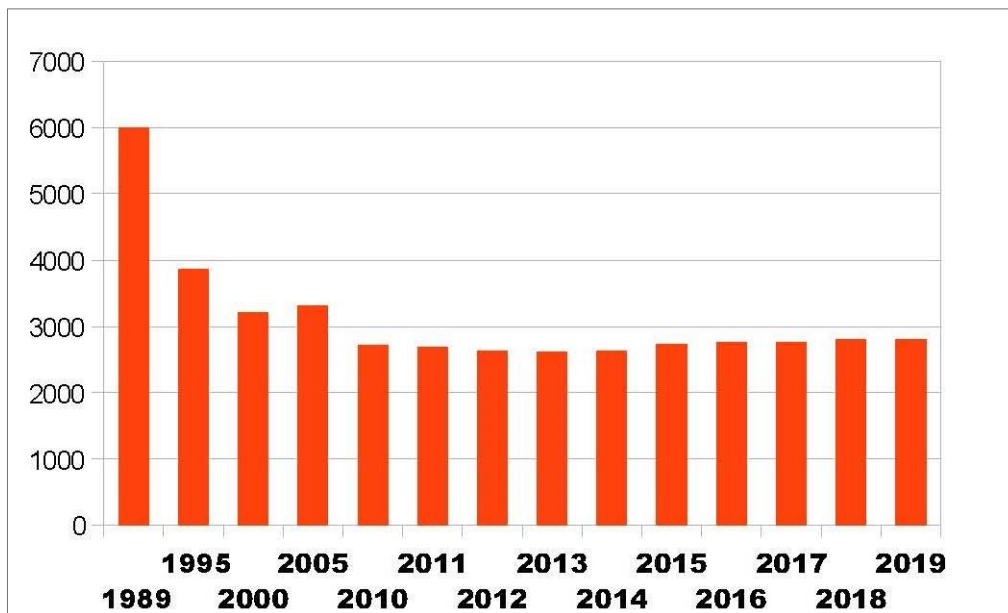


Abbildung 1: Einwohnerentwicklung in Torgau-Nordwest 1989-2019; Quelle: Melderegister der Stadt Torgau (für die Jahre 1995-2019); LVZ 1997 (für das Jahr 1989).

#### 1.4. Nordwest in der Gegenwart

Mit dem Beginn des neuen Jahrzehnts stabilisierte sich das Viertel allmählich und das Abrisszenario kam zu einem Ende. Ganz im Gegensatz zu weiteren Schrumpfungsprognosen, wuchs NW ab 2014 erstmals seit zwanzig Jahren erneut (siehe Abbildung 1) und erhielt einmal mehr die Funktion einer wohnungspolitischen Reserve: In der Bevölkerungsentwicklung spiegeln sich internationale Verschiebungen wie die Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit

<sup>12</sup> Torgauer Zeitung 10.07.2001, S. 11.

<sup>13</sup> So Juliane Kranz vom Jugendcafé "Chill out", in: Torgauer Zeitung 08.06.2006, S. 13.

<sup>14</sup> Torgauer Zeitung 24.09.2005, S. 13.

<sup>15</sup> Torgauer Zeitung 09.12.2004, S. 11.

für Bürger\*innen der osteuropäischen EU-Länder (2011/2013) und die Fluchtmigration (2015/16). Damit stieg der Ausländeranteil in NW von rund 5 % (2010) auf 38 % (2019) an (siehe Abbildung 2). Aufgrund der einfach verfügbaren Wohnungen – bei geringen Mieten und vorhandenen Leerständen – wurde Nordwest erneut zu einem Ankunftsquartier. Im Gegensatz zu den innerstädtischen Wohnungsangeboten, die sich häufig in Händen privater Eigentümer\*innen befinden, ist Nordwest von kommunalen und genossenschaftlichen Eigentumsstrukturen geprägt, bei denen Menschen mit Migrationshintergrund leichter Zugang finden.

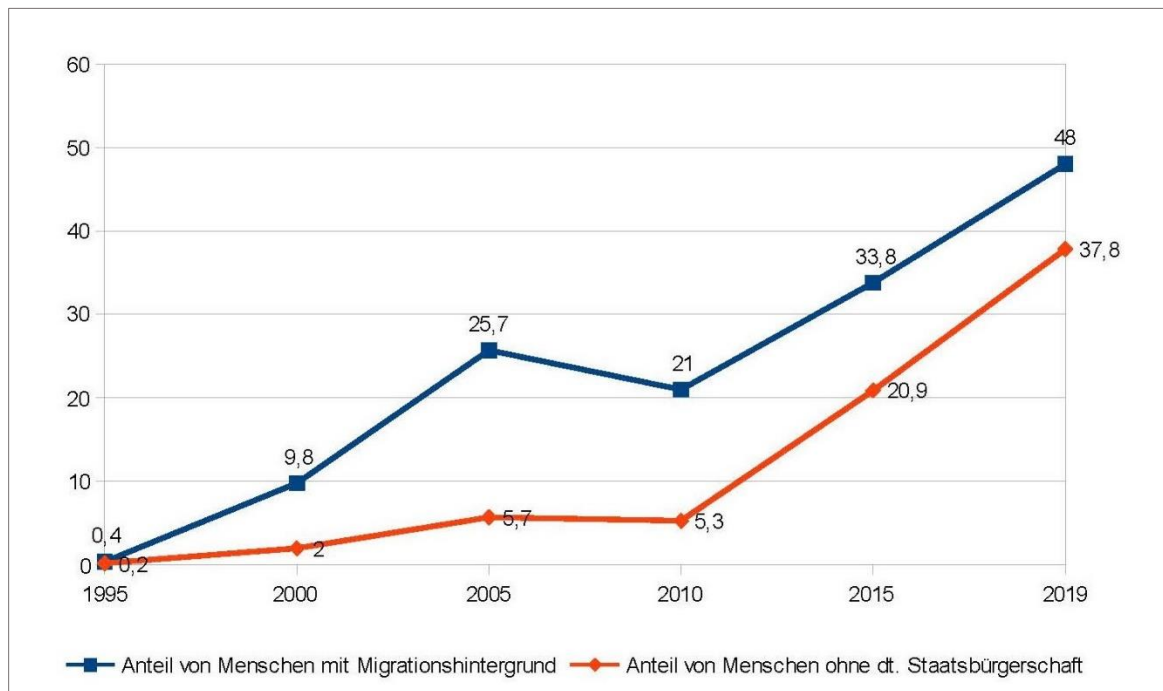


Abbildung 2: Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (MH) sowie ohne deutsche Staatsbürgerschaft in % an der Gesamtbevölkerung in Torgau-Nordwest 1995-2019; Quelle: Melderegister der Stadt Torgau.

Anmerkung: Da im Melderegister der Stadt Torgau die Kategorie "Migrationshintergrund" nicht erhoben wird, haben wir jenen annäherungsweise berechnet aus der Zahl der Ausländer\*innen sowie der sogenannten "Doppelstaatler\*innen". Letztere sind zum allergrößten Teil sog. Spätaussiedler\*innen aus der ehemaligen Sowjetunion. Da es noch andere Menschengruppen mit deutscher Staatsbürgerschaft und Migrationshintergrund in NW gibt, fällt der "Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund" eigentlich größer aus, als hier angegeben. Ein Lesebeispiel: Im Jahr 2005 waren 5,7% der EW Ausländer\*innen, weitere 20% waren Doppelstaatler\*innen; zusammen ergibt dies annäherungsweise einen Anteil von 25,7% von Menschen mit Migrationshintergrund. Nicht repräsentiert sind hier Spätaussiedler\*innen mit alleiniger deutscher Staatsbürgerschaft sowie weitere Menschengruppen mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsbürgerschaft.

Mit dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ wurden erneut Projekte vorangetrieben: so entstand ein Mehrgenerationenpark (2010), die Interkulturellen Wochen etablierten sich als gut besuchtes Stadtteilstadtteilfest und ein Stadtteiltreff als sozialer Ort des Quartiersmanagements wurde geschaffen (2010). Zudem wurde in NW 2015 mit der dezentralen Unterbringung von Geflüchteten ein Projekt mit sachsenweitem „Modellcharakter“ gestartet, bei dem 50 Personen in 20 von der Kommune angemieteten Wohnungen untergebracht wurden.<sup>16</sup>

<sup>16</sup> Torgauer Zeitung 18.02.2015: [www.torgauerzeitung.com/Default.aspx?t=NewsDetailModus\(79593\)](http://www.torgauerzeitung.com/Default.aspx?t=NewsDetailModus(79593)).



Auffällig ist, dass sich in dieser Zeit die öffentliche Berichterstattung über NW für einige Jahre normalisierte, während die sozialen Probleme im Nachgang der Einführung der Agenda 2010 und der Ausbreitung prekärer Beschäftigung in keiner Weise geringer wurden. Erst mit dem Sichtbarwerden globaler Migrationsbewegungen ab 2015 wurde das alte Narrativ NW's als „Problemviertel“ reaktiviert. Ausgehend von Debatten im Torgauer Stadtrat im August 2018, bei denen Vandalismus, Schulschwänzen und die Zunahme von Polizei- und Feuerwehreinsätzen in NW thematisiert wurden, kam ein neuer Zyklus öffentlicher Aufmerksamkeit für die „Zustände“ in NW in Gang, der bis heute anhält.<sup>17</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich in NW mit den neuen Zyklen der Migrationszuwanderungen die sozialen Probleme verdichten. Der Stadtteil fungiert dabei nicht mehr nur als Ankunftsort von „Zuweisungsmigration“, also als Ort der Zuweisung durch staatliche Institutionen, wie es bei Spätaussiedler\*innen und Geflüchteten der Fall war und ist. Vielmehr entwickeln sich transnationale Netzwerke autonomer Zuwanderung, die selbstbestimmt und spontan funktionieren. Mit diesen Verschiebungen werden die Kategorien von Alteingesessenen und Menschen mit Migrationserfahrung zunehmend hinfällig, da Migration seit 25 Jahren hier nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel geworden ist.

### 1.5. Demographische und soziale Situation

Wie Abbildung 1 verdeutlicht, lebten zur Zeit der deutschen Wiedervereinigung ca. 6000 Menschen in NW und damit jeder vierte Mensch in Torgau. Durch die beschriebene Abwanderung verblieben bis zum Tiefpunkt der Entwicklung im Jahr 2013 noch 2618 Einwohner\*innen (EW), womit nur noch jede/r Achte in NW wohnte. Mit der selektiven Abwanderung insbesondere junger und mobiler Bevölkerungsgruppen ging ein rapider Anstieg des Durchschnittsalters des einst jüngsten Stadtviertels in Torgau von 32 Jahre (1995) auf 44 Jahre (2013) einher. Bemerkenswert ist, dass seit 2013 das Durchschnittsalter bis 2019 wieder auf 40 zurückgegangen ist und damit 7 Jahre unter dem Stadtdurchschnitt liegt. Diese auffällige demographische Verjüngung geht auf einen allmählichen Bevölkerungsanstieg seit 2014 zurück, der jedoch die wahre Dynamik hinter den Zahlen verbirgt: In den letzten 10 Jahren haben sowohl die Zu- als auch die Wegzüge stark zugenommen. Während sich die Zahl der deutschen EW ohne MH zwischen 2012 und 2019 um 680 verringert hat,<sup>18</sup> stieg die Zahl der Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft um 850 an - der größte Teil von jenen kam aus Ländern der EU. Da sich der Anteil von Menschen ohne dt. Staatsbürgerschaft in der Gesamtstadt (ohne NW) zwischen 2012 und 2019 von 2 auf 4,9% erhöht hat, in NW jedoch von 8 auf 38 % (siehe Abbildung 2), lässt sich sagen, dass NW als Ankunftsstadtteil fungiert.

Mit diesen demographischen Umwälzungen und der damit einhergehenden Verjüngung NW's verändern sich auch die Schüler\*innenzahlen an den zwei Schulen im Stadtteil (siehe Abbildung 3). Dabei fällt auf, dass die Zahlen an der Grundschule (GS) seit 20 Jahren auf einem gleichbleibenden Niveau verharren; einst hatte die Schule knapp 700, nunmehr sind es knapp 200 Schüler\*innen. Trotz einer wachsenden Zahl von Kindern im direkten Umfeld, kann die GS im Moment keine weiteren Schüler\*innen aufnehmen, da ein in der Schrumpfungsperiode

<sup>17</sup> Torgauer Zeitung 18.08.2018: [www.torgauerzeitung.com/Artikel/default.aspx?t=NewsDetailModus\(94805\)](http://www.torgauerzeitung.com/Artikel/default.aspx?t=NewsDetailModus(94805)).

<sup>18</sup> Auch die Zahl der Doppelstaatler\*innen geht seit 2005 kontinuierlich zurück. Stellten die Spätaussiedler\*innen zunächst die größte Migrant\*innengruppe dar, so sind aufgrund sozialen Aufstiegs viele aus dem Viertel weggezogen, jedoch ein großer Teil auch verstorben.

stillgelegter Schultrakt im Moment noch nicht wieder in Betrieb genommen werden kann. Auch die Oberschule hatte in den 1990ern über 800 Schüler\*innen, von denen bis 2012 nur noch 250 übrigblieben. Seitdem steigen die Zahlen wieder und liegen aktuell wieder bei 450.

Die soziale Lage im Viertel konnte leider nur unvollständig analysiert werden<sup>19</sup>, womit lediglich die kommunal erbrachten Sozialausgaben für Wohngeld und Sozialhilfe ausgewertet werden konnten. Wie Abbildung 4 und Abbildung 5 verdeutlichen, unterscheiden sich die Anteile der Transfermittelbeziehenden zwischen Gesamtstadt und NW im Falle des Wohngelds nur leicht, im Falle der Sozialhilfe hingegen deutlich. Insgesamt sind die Sozialhilfe-Fallzahlen mit 103 Betroffenen in NW - das sind ca. 3,5% der Bevölkerung - jedoch sehr gering. Für die Gesamtschau auf die sozialen Verhältnisse im Viertel ist jedoch der Blick auf die Arbeitsverhältnisse ebenso wie auf die Wohnverhältnisse der Bewohnenden unerlässlich (siehe 2.2. und 2.4.).

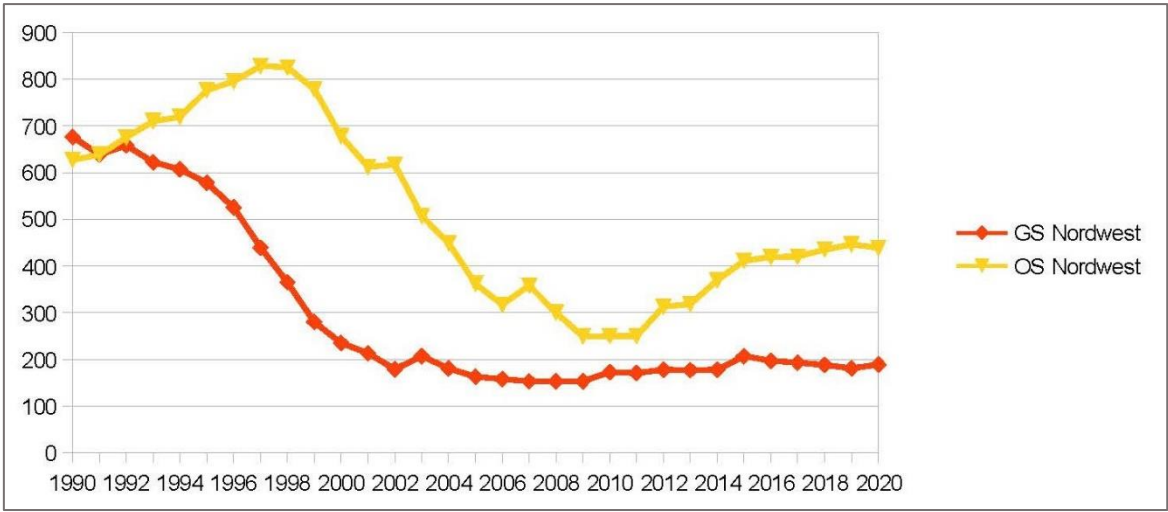


Abbildung 3: Entwicklung der Schüler\*innenzahlen an der Grundschule (GS) NW und der Oberschule (OS) NW 1990-2020; Quelle: Stadtverwaltung Torgau

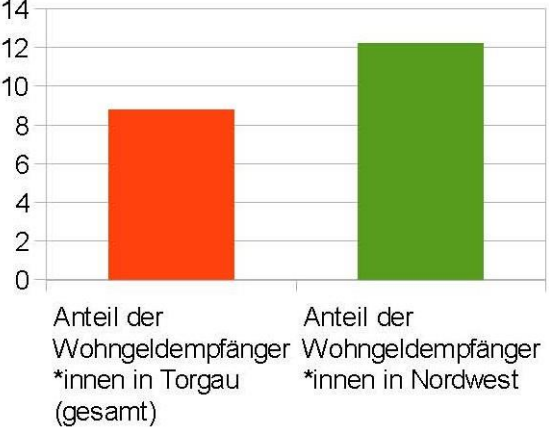


Abbildung 4: Anteil der Wohngeldempfänger\*innen an der Gesamtbevölkerung in % (2021); Quelle: Stadtverwaltung Torgau

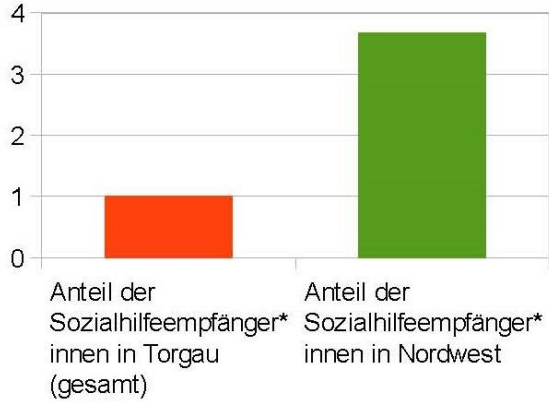


Abbildung 5: Anteil der Sozialhilfeempfänger\*innen an der Gesamtbevölkerung in % (2021); Quelle: Stadtverwaltung Torgau

<sup>19</sup> Kleinteilige Erhebungen zur Anzahl von ALG-II-Empfänger\*innen in einem Stadtteil werden nur auf Anfrage der Kommune an die Statistik der Bundesagentur für Arbeit herausgegeben.

## 2. Aspekte des lokalen Konfliktsettings

Bei Betrachtung der obigen Darstellung zur Geschichte Nordwests bis in die Gegenwart kann der Eindruck entstehen, dass in den letzten 30 Jahren immer wieder ähnliche Probleme auftraten, welche mit ähnlichen Mitteln bearbeitet und mit ähnlichen Erfolgsbeschreibungen anscheinend bewältigt wurden. Und sicherlich ist es im Einzelfall auch nachvollziehbar, wenn beispielsweise 2012 resümiert wurde, dass sich „durch das Förderprogramm ‚Soziale Stadt‘ vieles zum Besseren gewandelt“<sup>20</sup> habe. Und doch gehört es zur Spezifik dieses Ortes, dass die vielgestaltigen Interventionen (Aufwertung des Wohnumfelds, Implementierung eines Quartiersmanagements, Einrichtung einer Bürgerpolizei, Einführung der Schulsozialarbeit etc.) nicht zu der eigentlich erhofften Entspannung bzw. Lösung erkannter Problemlagen führten. Vielmehr zeigt sich, dass sich in NW verschiedene Krisenformationen überlagern, zu denen ständig neue hinzukommen scheinen: Langzeitarbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Kinder- und Altersarmut, Gewalt, Politikverdruss etc. Diese Erscheinungen erwachsen nicht einfach aus der konkreten baulichen Situation des Ortes (so, wie bereits in den 1990ern die Erkenntnis in NW erwuchs, dass die Wohnumfeldgestaltung nicht die sozialen Probleme lösen kann), sondern sind Ergebnis von Prozessen, die großteils nicht vor Ort entscheidbar waren bzw. sind. Der Strukturbruch in Folge der deutschen Wiedervereinigung (und das Verschwinden ganzer Industrien), die Umsetzung der Agenda 2010, die Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit etc.: all jenes formte das lokale Setting. Und es fällt auf, dass es in jeder modernen Stadt die Orte gibt, an denen sich die Phänomene der Krisen konzentrieren bzw. an die sie gleichsam verschoben werden.

In den folgenden Punkten werden die spezifischen Problemlagen NW's exemplarisch aufgezeigt. Es wird dabei der Versuch unternommen, sie auch in größere Zusammenhänge einzubetten, um ein Verständnis zu entwickeln, dass es sich um globale Prozesse handelt.

### 2.1. Probleme des Alltags in Nordwest

NW steht insbesondere seit 2018 in einem problemorientierten medialen Fokus. Im Zentrum stehen dabei Berichte und Beschwerden über nächtliche Ruhestörungen, abgestellte Schrottautos, kontinuierlicher Vandalismus an Sportanlagen und Spielplätzen, Autorennen, Kriminalität im unweit angesiedelten Einkaufszentrum PEP, Drogengebrauch und -handel, jugendliche Devianz und Schulabstinz, abgestellte Einkaufswagen, Müllablagerungen und überfüllte Mülltonnen. Ein Großteil der Beschwerden lokalisiert sich an den im örtlichen Sprachgebrauch so genannten "Problemblocken" (siehe 2.2.) und wird letztlich auf deren Bewohner\*innen projiziert. Dies wird nicht zuletzt an einer online-Umfrage der von der Stadt Torgau beauftragten Freiraumgalerie Halle deutlich, bei der bezüglich der zu benennenden "Schwächen" von NW ein "hoher Anteil von Migrant\*innen" am häufigsten angemerkt wurde (siehe 2.5. und 2.7.).<sup>21</sup>

Als Reaktion auf die sich häufenden Beschwerden wurde die Kontrolldichte erhöht: Einerseits wurden mehrmals medial breit verfolgte Stadtrundgänge unter der Leitung der damaligen

<sup>20</sup> Torgauer Zeitung 15.09.2012: [www.torgauerzeitung.com/Default.aspx?t=NewsDetailModus%2865637%29](http://www.torgauerzeitung.com/Default.aspx?t=NewsDetailModus%2865637%29).

<sup>21</sup> Freiraumgalerie. Kollektiv für Raumentwicklung GbR (2022): Kunst- und Beteiligungskonzept Torgau Nordwest. Im Auftrag der Stadt Torgau.

Oberbürgermeisterin Barth durchgeführt, andererseits wurden zwei Bürgerpolizisten für die Probleme im Viertel abgestellt und nicht zuletzt einmal mehr das Akteursnetzwerk verbreitert.

## 2.2. Die „Problemblocke“

Schon seit 25 Jahren befinden sich die zwei Wohnblöcke in der Zinnaer Straße im Blick der Öffentlichkeit. Ihre bauliche Entwicklung und ihre derzeitige Funktion haben dabei eine lang zurück reichende Geschichte, die sie von den restlichen Wohngebäuden in NW unterscheiden.

Bis 1990 befanden sich die Blöcke im Eigentum der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR. Da sie aufgrund dieses Status in den Festlegungen der Wiedervereinigungspolitik weder dem genossenschaftlichen noch dem kommunalen Eigentum zugeordnet wurden, fielen sie in den Zuständigkeitsbereich der Treuhand Liegenschaftsgesellschaft mbH (TLG), einer Tochtergesellschaft der Treuhandanstalt. Gemäß des festgelegten Privatisierungsziels, wurden die Blöcke im April 1997 an die Beteiligungsgesellschaft Gruba Grund- und Bauten GmbH & Co., Objekt Torgau KG i.G. mit Sitz in Düsseldorf verkauft.<sup>22</sup> Kurz darauf erschien eine ganze Anzahl von Tageszeitungsberichten über die Verunsicherung der verbliebenen Mieter\*innen, das Chaos einer undurchsichtigen Sanierungstätigkeit und einer daraus erwachsenen Auszugswelle.

Wie Untersuchungen zu privatisierten Plattenbaubeständen anderswo<sup>23</sup> zeigen, ist die weitere Entwicklung der zwei Wohnblöcke überaus typisch: Nach mehreren Eigentümerwechseln wird die Bewirtschaftung der Gebäude auf das sogenannte Hartz-IV-Geschäftsmodell eingestellt: Einer Kombination aus minimalen Instandhaltungskosten bei staatlich gewährleisteten Mietzahlungen,<sup>24</sup> womit teils die Mietpreise der Wohnungsgenossenschaften und der Torgauer Wohnstätten unterboten werden können. Damit einher geht eine stadträumliche Konzentration von Transfergeldempfänger\*innen, die dort am einfachsten Zugang zu KdU-gemäßen Wohnraum erhalten. Bei den Blöcken in der Zinnaer Straße wurde das Geschäftsmodell mit der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit und Anwerbemaßnahmen von osteuropäischen Arbeiter\*innen durch örtliche Unternehmen<sup>25</sup> seit 2013 modifiziert und erweitert: Nunmehr gewährleisteten rudimentäre Mietverträge und die - zumindest sehenden Auges hingenommene - Überbelegung der Wohnungen eine einträgliche Bewirtschaftung. Die Wohnverhältnisse atmen dabei im Takt der Arbeitsverhältnisse der Bewohner\*innen: Episoden bezahlter Arbeit wechseln sich ab mit Kündigungen und erneuter Arbeitsaufnahme - je nach unternehmerischer Rationalität in einem Feld prekärer, äußerst flexibilisierter Beschäftigungsverhältnisse (siehe 2.4.). Damit diese Einkommensunsicherheit nicht zum Wohnungsverlust führt, versuchen die Bewohner\*innen die Last des Lebensunterhalts auf möglichst viele Schultern zu verteilen, weshalb in den Wohnungen teils bis zu acht Menschen wohnen.

---

<sup>22</sup> Torgauer Allgemeine 17.12.1997, S. 13.

<sup>23</sup> Beispielhaft beschrieben in: Matthias Bernt, Laura Colini, Daniel Förste (2017): Privatization, Financialisation and state Restructuring in Eastern Germany. The Case of Am Südpark

<sup>24</sup> Kalkuliert wird dabei mit den lokal festgelegten Mietpreissätzen im Rahmen der "Kosten der Unterkunft" (KdU).

<sup>25</sup> Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 16.12.2018, S. 45.

Weiteres Charakteristikum der Bewirtschaftung privatisierter Plattenbaubestände wie derer in NW ist die schlechte Erreichbarkeit der Eigentümer\*innen und ihre Unansprechbarkeit bezüglich kommunaler Stadtentwicklungsplanungen. Dabei ist bemerkenswert, dass in der öffentlichen Berichterstattung die Unterscheidung zwischen der (ehemaligen) Dresdner Hausverwaltung und der Hamburger Eigentümer-GmbH verwischt und es unklar bleibt, wer letztlich für die Ausgestaltung der Wohnverhältnisse verantwortlich ist.

Das Phänomen "Problemblocke" geht somit auf spezifische Eigentumsverhältnisse und einer daraus erwachsenden Bewirtschaftungsweise sowie den - vor Ort nicht sichtbaren - Arbeitsverhältnissen der Bewohner\*innen zurück. Am naheliegendsten scheinen jedoch *kulturelle Unterschiede* zu sein, die vor Ort häufig für die Anzeichen von Verwahrlosung konstatiert werden.

Dementsprechend steht bisher nicht die Lösung der sozialen Probleme der Bewohner\*innen im Fokus, sondern eine *räumliche* Lösung für die Wohnblöcke: Ins Spiel gebracht wurde der Verkauf der Häuser an die Stadt, der Komplettabriss oder die gezielte Entmietung "problematischer" Mietparteien.<sup>26</sup> Von der obersten Stelle der Stadt wird dabei suggeriert, man könne über die Wohnfreizügigkeit der dort Wohnenden verfügen und einen weiteren Aufenthalt in NW verunmöglichen.<sup>27</sup> Allerdings ist angesichts der neuesten Entwicklung (Großbrand am 22.8.22) eine Verschiebung in der Problemdeutung zu bemerken. So sagte der Fraktionsvorsitzende der Freien Wählergemeinschaft: "Ich sehe die großen Firmen, die von der Arbeitskraft der EU-Bürger profitieren, in der Verantwortung" und der CDU-Stadtrat Konrad Theobald sekundierte: "Wir müssen versuchen, die rechtlichen Möglichkeiten bis zum Maximum auszuschöpfen, um diesem Geschäftsmodell, welches auf Gewinnmaximierung zu Lasten der Menschenwürde abzielt, Einhalt [zu] gebieten".<sup>28</sup>

### 2.3. Politische Dynamik in Nordwest

Abseits von Aussagen über verbreitete Fremdenfeindlichkeit und einer teilweise feindseligen Grundstimmung in NW lassen sich verbreitete politische Einstellungen am Ehesten über Wahlergebnisse analysieren. Aufgrund der geringen Größe des Viertels (Stadtteil in einer kleinen Stadt), kommen dafür die Ergebnisse der Wahlbezirke (WBZ) in Betracht, welche die kleinste Einheit der erfassten Wahlergebnisse darstellt. Zur Relation: Der Freistaat Sachsen ist insgesamt in 3.580 WBZ (2019; ohne Briefwahl-WBZ) eingeteilt. Diese WBZ-Ergebnisse lagen für NW für die Landtagswahlen (LTW) 2014 und 2019 vor, womit sich ein Vergleich ziehen lässt. Bei diesen Wahlen war Torgau in 15 (2014) bzw. 17 (2019) WBZ aufgeteilt, wobei zwei davon in Nordwest verortet sind (WBZ Torgau 9 GS Finkenweg sowie WBZ Torgau 10 OS Nordwest - die Wahllokale befanden sich also jeweils in der Grund- und Oberschule des Stadtteils).

<sup>26</sup> Torgauer Zeitung 27.07.2021: [www.torgauerzeitung.com/Artikel/default.aspx?t=NewsDetailModus\(100797\)](http://www.torgauerzeitung.com/Artikel/default.aspx?t=NewsDetailModus(100797)).

<sup>27</sup> Die ehemalige Oberbürgermeisterin Barth äußerte sich bei einem Stadtrundgang gegenüber Bürger\*innen, dass der Besitzer der "Problemblocke" daran interessiert sei, dass man "dieses Klientel losbekommt" und dass "Wohnungsbaugesellschaft und Torgauer Wohnstätten sich [...] einig [sind], dass keine Neuvermietung [an die ehemaligen Bewohner\*innen der "Problemblocke", D.I.] erfolgt. Jetzt müssen wir nur dafür sorgen, dass sie eben freiwillig wegziehen" (Transkription des Beitrags "Stippvisite im Problemviertel Nordwest" von Torgau-TV vom 12.07.2020, ab Minute 9:17: [www.facebook.com/watch/?v=613056786282143](https://www.facebook.com/watch/?v=613056786282143)).

<sup>28</sup> Torgauer Zeitung, 5.09.2022: [www.torgauerzeitung.com/Artikel/default.aspx?t=NewsDetailModus\(103513\)](http://www.torgauerzeitung.com/Artikel/default.aspx?t=NewsDetailModus(103513)).

Anhand zweier Parteien bzw. politischer Richtungen lassen sich die politischen Dynamiken in NW, welche auch im sachsenweiten Vergleich hervorstechen, eindrücklich ablesen:<sup>29</sup> Die Linkspartei/PDS hatte 2014, wie auch bei den vorhergehenden Wahlen, mit bis zu 38 % eine herausgehobene Stellung in NW<sup>30</sup> (siehe Abbildung 6). Ähnlich wie in vielen anderen Plattenbaugebieten in Ostdeutschland, fungierte sie hier als „Kümmererpartei“ und zielte auf die Selbstorganisation von Arbeitslosen, aber auch der Pflege des politischen Erbes der DDR.<sup>31</sup> Wie man an den Ergebnissen der LTW 2019 ablesen kann, ist von dieser einstigen Vorherrschaft nicht mehr viel übrig, auch wenn die Ergebnisse zumindest im WBZ Torgau 9 im Vergleich zu den anderen Stadtteilen und dem sachsenweiten Ergebnis immer noch hervorsticht (siehe Abbildung 7). Mit nunmehr 14 Prozent ist ihre Wählerbasis geradezu kollabiert. Ihre Stellung als Protestpartei, die sie gerade in den von Transformationsprozessen nach 1990 besonders betroffenen Plattenbaugebieten in Ostdeutschland spielte, musste sie mittlerweile abgeben.

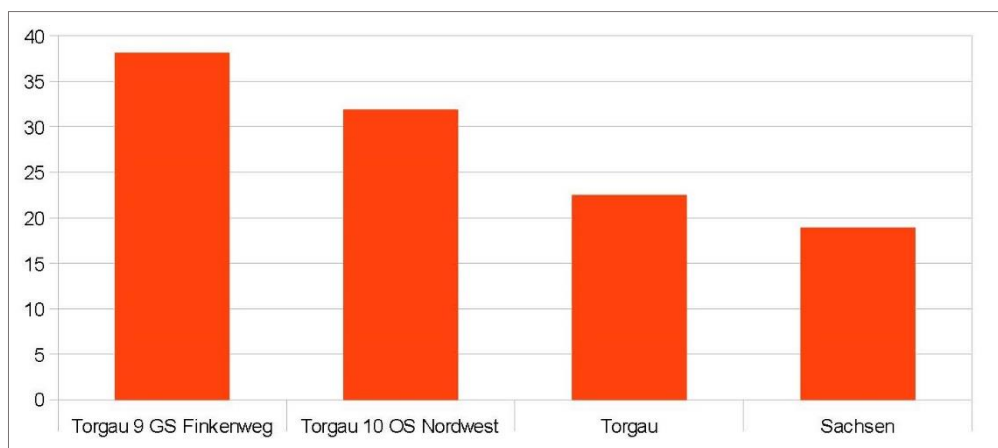


Abbildung 6: Wahlergebnis der Linkspartei bei der sächsischen Landtagswahl 2014 in % (Zweitstimmen)

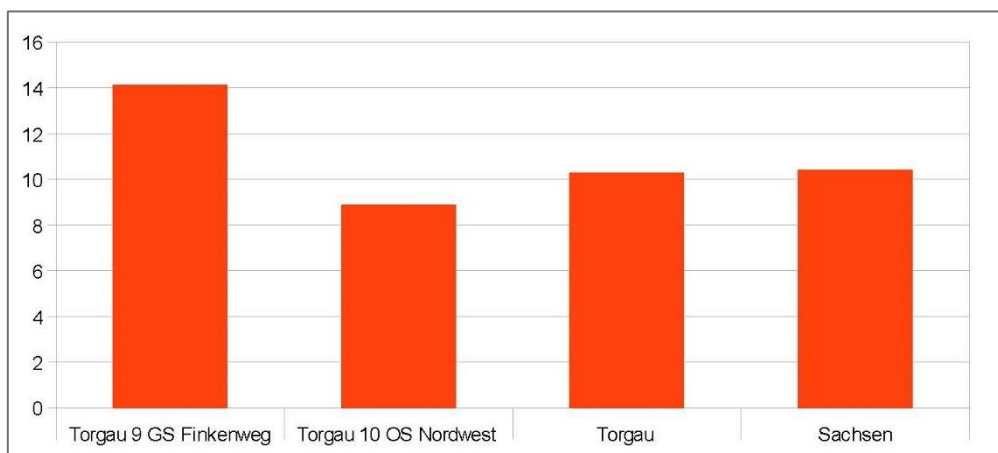


Abbildung 7: Wahlergebnis der Linkspartei bei der sächsischen Landtagswahl 2019 in % (Zweitstimmen)

<sup>29</sup> In die folgenden Stimmenanteile sind die Briefwahlstimmen annäherungsweise eingerechnet. Da die Briefwahl einen immer größeren Stellenwert einnimmt (bei den LTW 2019 stimmten in Torgau 26% der Wähler\*innen auf diesem Wege ab), und die Parteipräferenzen bei beiden Formen jeweils voneinander abweichen, geben die reinen Stadtteilergebnisse nur ein verzerrtes Bild von den Wahlentscheidungen vor Ort ab.

<sup>30</sup> Damit erreichte die Linke im WBZ 9 GS Finkenweg den vierthöchsten Wert unter den über 3.500 WBZ in Sachsen.

<sup>31</sup> Ein Beispiel für diese Rolle in NW ist die 2021 verstorbene, ehemalige Stadtratsabgeordnete der Linken, Marion Kanitz, die in der Fraueninitiative Torgau (FIT) aktiv war und in NW ihren politischen Handlungsschwerpunkt hatte Torgauer Zeitung 27.12.2014: [https://www.torgauerzeitung.com/default.aspx?t=newsdetailmodus\(78856\)](https://www.torgauerzeitung.com/default.aspx?t=newsdetailmodus(78856)).

Demgegenüber ist NW seit dem Aufstieg rechter Parteien (angefangen mit der NPD 2004 und fortgeführt mit der AfD seit 2013, deren Ergebnisse wir im Folgenden zusammenrechnen) ebenso eine hervorragende Hochburg.

Während die rechten Parteien bei der LTW 2014 in NW um die 20 Prozent erhielten, waren es 2019 ganze 46 Prozent. Hierbei zeichnete sich ein Umschwung ab, der für die Wahlergebnisse in ostdeutschen Plattenbaugebieten charakteristisch ist, der in NW jedoch geradezu mustergültig verlief: Während die Linkspartei von 2014 zu 2019 24 Prozent verlor, gewannen die rechten Parteien ca. 25% hinzu. Offenkundig ist ein nahezu komplettes „Umkippen“<sup>32</sup> des Wählervotums von einer politischen Richtung in die vollkommen Konträre festzustellen (siehe Abbildung 8).<sup>33</sup> Anders als die Linkspartei/PDS tritt die AfD in ihren Plattenbau-Hochburgen jedoch nicht als „Kümmererpartei“ auf, sondern ist abgesehen von intensiven Plakat-Wahlkämpfen dort kaum vor Ort aktiv.

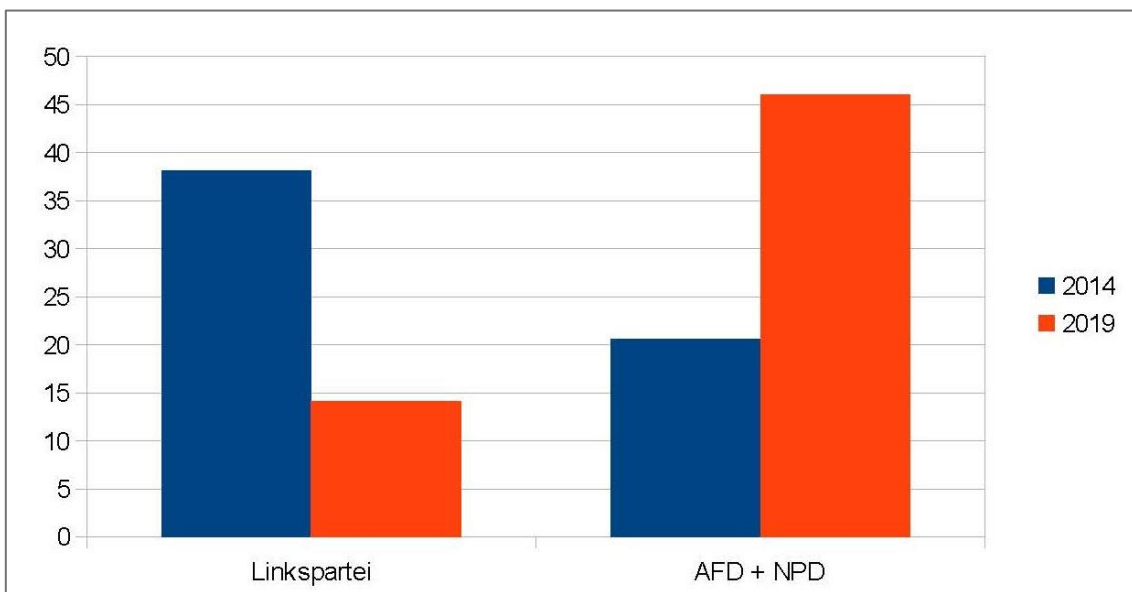


Abbildung 8: Wahlergebnis der Linkspartei sowie der Parteien AfD +NPD bei den sächsischen Landtagswahlen 2014 und 2019 im WBZ Torgau 9 GS Finkenweg in % (Zweitstimmen)

Ein ebenso bemerkenswertes Phänomen ist die niedrige Wahlbeteiligung. Landesweit ging mit 49,1 Prozent nicht einmal jede\*r zweite zur LTW 2014 in Sachsen wählen, was der niedrigste Wert einer LTW seit 1990 war. Im Vergleich zur Wahlbeteiligung im WBZ Torgau 10 OS Nordwest mutet dieser Wert noch hoch an: hier wurde mit 22,2 Prozent das zweitniedrigste Ergebnis unter den 3.500 WBZ erreicht (siehe Abbildung 9). Dieser Wert verdoppelte sich zur LTW 2019 auf 47,1 Prozent - auch dieser Mobilisierungsanstieg dürfte im Vergleich fast einzigartig sein, wobei die Wahlbeteiligung angesichts sachsenweiter 66,6 Prozent weiterhin sehr gering ist.

<sup>32</sup> Ein ähnlich prägnantes „Umkippen“ von Linkspartei zu AfD/NPD lässt sich im Vergleich unter den 3.500 sächsischen WBZ insbesondere in den Plattenbaugebieten von Leipzig, Hoyerswerda und Kamenz beobachten. Quantitativ vergleichbar ist der Torgauer Spitzenwert jedoch nur mit einem WBZ im Chemnitzer Heckert-Gebiet (WBZ Markersdorf 7).

<sup>33</sup> Dass dies nicht nur in Torgau passiert, sondern global zu beobachten ist, lässt sich eindrücklich an Didier Eribons Buch „Rückkehr nach Reims“ nachvollziehen. Demzufolge wendete sich in den letzten Jahren insbesondere das prekarierte Arbeitermilieu von linken bzw. sozialdemokratischen Parteien ab und rechten Parteien zu.

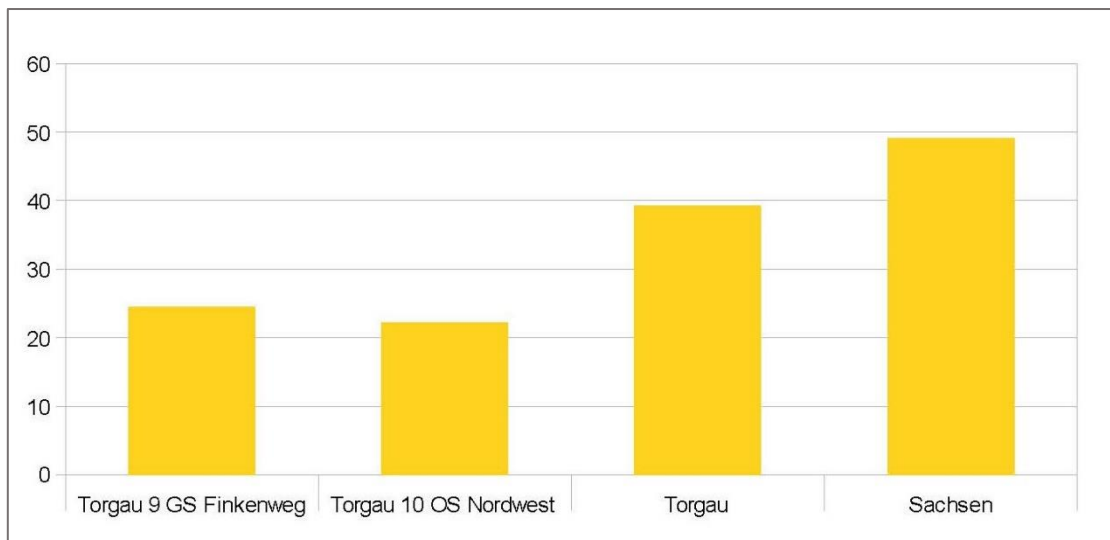


Abbildung 9: Wahlbeteiligung bei der sächsischen Landtagswahl 2014 in % (Zweitstimmen)

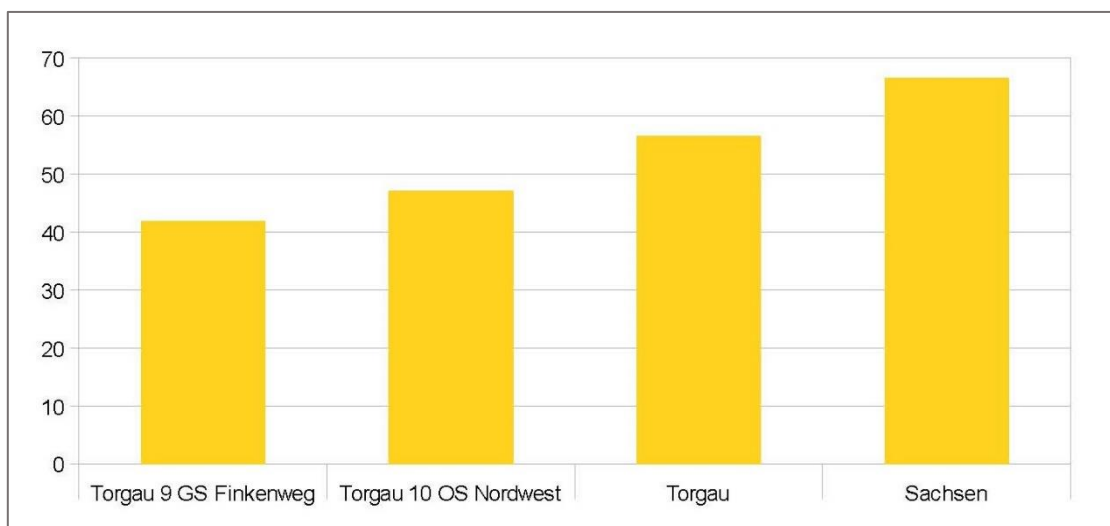


Abbildung 10: Wahlbeteiligung bei der sächsischen Landtagswahl 2019 in % (Zweitstimmen)

Wie können diese Wahlergebnisse gedeutet werden?

Zum einen setzte sich das hohe Wählervotum für die Linkspartei/PDS in der Vergangenheit zum Teil noch aus den Wählerstimmen der ehemaligen Funktionseliten der DDR zusammen. NW war in diesen Zeiten, wie beschrieben, ein begehrtes Wohngebiet, in das insbesondere junge Familien und staatsnahe bzw. loyale Angestellte und Arbeiter\*innen eine Wohnungszuweisung erhielten. Diese ursprüngliche Bevölkerungszusammensetzung spiegelte sich bis vor kurzem noch in den Wahlpräferenzen wider.

Anzumerken ist weiterhin, dass die Wahlergebnisse in NW im Vergleich zu anderen Stadtteilen und dem Sachsen-Ergebnis nur eingeschränkt die politischen Einstellungen der dort wohnenden Bevölkerung widerspiegeln. Dies ergibt sich daraus, dass 2019 lediglich ca. 43% der Wahlberechtigten wählen gegangen sind und darüber hinaus aufgrund fehlender deutscher Staatsangehörigkeit ein Teil der Bewohner\*innen - immerhin 30% der volljährigen Bevölkerung - gar nicht erst wahlberechtigt ist. In Abbildung 11 haben wir zur Illustration eine Modellrechnung durchgeführt: Wie stellen sich die (politischen) Mehrheitsverhältnisse in NW dar, wenn die ansonsten *unsichtbaren* Anteile (Nichtwähler\*innen und erwachsene Ausländer\*innen) sichtbar gemacht werden?



Dabei zeigt sich eine immense "Repräsentationslücke" - insgesamt 72% der erwachsenen Bevölkerung in NW will oder kann nicht an der politischen Willensbildung teilhaben. Es ist daher die Frage, was die faktischen Wahlergebnisse der Parteien an einem Ort wie NW überhaupt noch aussagen bzw. wen sie repräsentieren. Die AFD als stärkste Partei, die 46% erzielte, wurde demnach lediglich von 13% der Erwachsenen in NW - also jede\*n Achte\*n - gewählt.

Wir können hierbei von einer doppelten Marginalisierung des Viertels sprechen, da ein großer Teil der Bevölkerung von der politischen Willensbildung ausgeschlossen bleibt und ein noch größerer Teil daran nicht teilhat bzw. haben will.

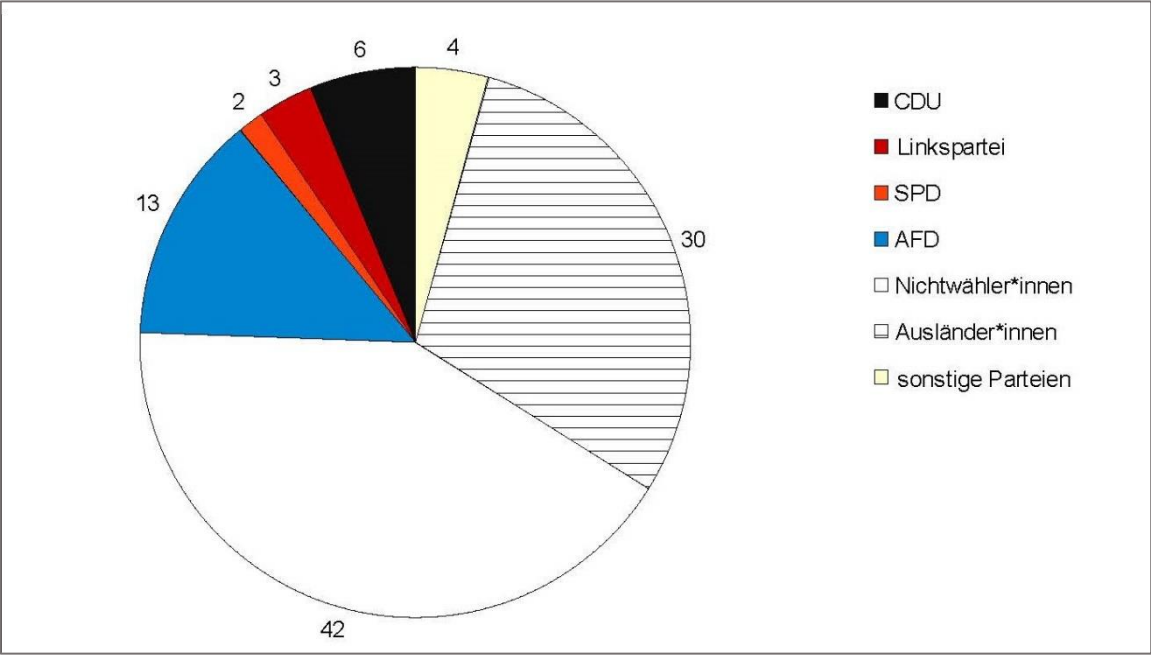


Abbildung 11: Wahlergebnisse und Bevölkerungsanteile bei Einbeziehung aller volljährigen Bewohner\*innen in NW; LTW 2019 in %

2.4. Gräfendorfer Geflügel- und Tiefkühlfeinkost Produktions GmbH

In den 1980er-Jahren war das VEB Flachglaskombinat Torgau als großer Arbeitgeber und Organisator von Freizeitaktivitäten (Urlaubsreisen, Kulturangebote) Dreh- und Angelpunkt der Entwicklung NW's und des Alltagslebens der dort Wohnenden. Nachdem der Stadtteil in den 1990er-Jahren zunehmend von sozialer Segregation und der Zuwanderung von Spätaussiedler\*innen geprägt waren und damit eine Arbeitslosigkeit von geschätzt bis zu 50% verbreitet war, verloren sich jedwede betriebliche Verbindungen zur Wohnsiedlung. Anzunehmen ist, dass sich auch in der Phase der Konsolidierung (2010 bis 2015) keine signifikanten Wohn-Arbeitsort-Verflechtungen bezüglich der größeren Arbeitgeber Torgaus aufgebaut haben,<sup>34</sup> da sich mittlerweile die Wohnpräferenzen Vollbeschäftigter von NW und ähnlichen Plattenbaugebieten wegentwickelt haben.

<sup>34</sup> „Die vier größten Arbeitgeber in Torgau sind der Autozulieferer Flachglas Torgau GmbH mit 550 Mitarbeitern, die Porzellanmanufaktur Villeroy & Boch, die Justizvollzugsanstalt Torgau und HIT Holzindustrie Torgau GmbH & Co. KG“ (<https://de.wikipedia.org/wiki/Torgau>).



Erst mit der „Internationalisierung“ der Gräfendorfer Geflügel- und Tiefkühlfeinkost GmbH im Torgauer Nachbarort Mockrehna entwickelten sich – unter vollkommen anderen Vorzeichen – erneut enge Beziehungen zwischen einer Betriebsstätte und dem Wohngebiet NW.

Gräfendorfer als größter Geflügelschlachthof der neuen Bundesländer entwickelte sich aus dem 1972 gegründeten Gänsemastbetrieb VEB Kombinat Industrielle Mast (KIM) Mockrehna, der 1991 durch die Treuhand privatisiert wurde. Im Unternehmen mit aktuell rund 650 Mitarbeiter\*innen wird bereits schon länger mit atypischen Beschäftigungsverhältnissen operiert. Während in den Jahren vor 2011 hauptsächlich regional ansässige Leiharbeiter angestellt wurden, so ist der Betrieb mittlerweile "auf Arbeitskräfte aus den europäischen Mitgliedsstaaten angewiesen"<sup>35</sup>. Das verweist darauf, dass der Kostendruck im Niedrigpreis-Fleischgewerbe sehr groß ist, die angebotenen Löhne für die "einfacheren" Arbeiten in der Region jedoch kaum noch ein einträgliches Leben ermöglichen. Mit der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit (2011/2013) wurde zunächst aktiv nach polnischen Arbeitskräften gesucht, später wurden mittels Subunternehmen Arbeitnehmer\*innen u.a. in der Slowakei angeworben. Mittlerweile machen jene ungefähr die Hälfte der Belegschaft aus.

Seit dieser Zeit häufen sich Medienberichte, die nahelegen, dass die Arbeitsverhältnisse bei Gräfendorfer und die problematischen Entwicklungen im Stadtteil NW im 15 Kilometer entfernten Torgau aufs engste zusammenhängen. Während mit dem Ausbruch der Corona-Epidemie beim Fleischunternehmen Tönnies in NRW eine breite Aufmerksamkeit für den Zusammenhang zwischen Prekarisierung, gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen und Migration entstand, erhielt auch Gräfendorfer mehr Aufmerksamkeit. Auch dort sorgten Betriebsunfälle und massive Corona- Ausbrüche für regelmäßige Meldungen in der Lokalpresse.<sup>36</sup> Und auch hier werden mittlerweile die Arbeitsverhältnisse in den Blick genommen. Genannt werden Kündigungen vor Ablauf der sechsmonatigen Probezeit, unbezahlte Überstunden oder Aufhebungsverträge, die einen Bezug von Arbeitslosenunterstützung verunmöglichen<sup>37</sup>. Seitens der Arbeitnehmer\*innen herrscht dabei eine starke Verunsicherung aufgrund von Sprachbarrieren und dem fehlenden Wissen über Rechtsansprüche.

## 2.5. Akteursnetzwerk als Gremium der „Externen“

Das Netzwerk aus Akteur\*innen in NW ist weit verzweigt und breit aufgestellt. Auffällig ist jedoch, dass es sich dabei um fast ausschließlich externe, nicht in NW wohnhafte, professionelle und dafür bezahlte Akteur\*innen handelt. Eine in Förder- und Stadtentwicklungsprogrammen oft adressierte, lokal verwurzelte Zivilgesellschaft ist zumindest in diesen Netzwerken nicht sichtbar. Diese spezifische Konstellation hat weitreichende Folgen: Da die Sprecherposition bzw. die Repräsentation des Viertels von auswärtigen Professionellen übernommen wird, erleben Anwohnende die

<sup>35</sup> So der Gräfendorfer-Geschäftsführer Christian Borchers ([www.l-iz.de/melder/wortmelder/2019/04/Hochbetrieb-bei-Graefendorfer-Landrat-besucht-Unternehmen-in-Mockrehna-269574](http://www.l-iz.de/melder/wortmelder/2019/04/Hochbetrieb-bei-Graefendorfer-Landrat-besucht-Unternehmen-in-Mockrehna-269574)).

<sup>36</sup> z.B.: Torgauer Zeitung, 9.12.2019: [https://www.torgauerzeitung.com/Artikel/default.aspx?t=NewsDetailModus\(97073\)](https://www.torgauerzeitung.com/Artikel/default.aspx?t=NewsDetailModus(97073)); Leipziger Volkszeitung 25.8.2020: <https://www.lvz.de/Region/Eilenburg/Bei-Graefendorfer-in-Mockrehna-25-neue-Faelle-von-Corona>.

<sup>37</sup> z.B. Sarah Ulrich, „Diesen Job würde kein Deutscher machen“: <https://taz.de/Ausbeutung-in-der-Fleischindustrie/!5791699/> und Harika Dauth - Die Arbeit mit dem Fleisch. Die Prekarisierung von Rom\*nja in Nordsachsen, <https://slub.qucosa.de/api/qucosa%3A74359/attachment/ATT-0/>

Partizipationsangebote als veranstaltete und verwaltete Beteiligung. Diese Konstellation kann Gefühlen von Bevormundung und Fremdbestimmtheit Vorschub leisten und auch ein Bild von "Eliten" generieren, die jeden Nachmittag NW wieder den Rücken kehren können, während die Anwohnerschaft im "Problemviertel" zurückbleiben muss. Es spricht daher vieles dafür, dass Formen veranstalteter Beteiligung nicht nur nicht die lokalen Probleme lösen können, sondern sogar gegenläufige Reaktionen herausfordern, die zur Abwendung von demokratischen Mechanismen führen. Da die Problemlagen NW's bereits seit vielen Jahren durch städtebauliche und soziale Förderprogramme bearbeitet werden, ist diese veranstaltete Beteiligung zum dauerhaften Modus geworden, an den sich alle Seiten gewöhnt haben.

## 2.6. Transnationales Städtenetzwerk

Durch die Anwerbepaxis regionaler Unternehmen kamen viele Menschen aufgrund von Arbeitsgelegenheiten nach Torgau. Dieser Prozess verlief einerseits als "organisierte" Migration, andererseits als autonome Wanderungsbewegung, die ihre spezifischen Ursachen, Verlaufsformen und Logiken hat.

Bemerkenswert ist dabei, dass sich dabei Netzwerke zwischen einzelnen, weit voneinander entfernten Orten herausbilden, die auf ihre Weise für Außenstehende und die Stadtöffentlichkeit unsichtbar bleiben. Zum Zeitpunkt unserer Erstuntersuchung im Februar 2021 war beispielsweise die südslowakische Stadt Rimavská Sobota ein solcher Ort<sup>38</sup>. Aufgrund der Eigenlogik von Migration, aber auch dem Rhythmus der Anwerbung und "Ausstoßung" der nordsächsischen Unternehmen können sich diese Netzwerke jedoch auch schnell wieder auflösen und entstehen erneut mit anderen Orten (wie z.B. mit Sfântu Gheorghe in Rumänien). Ein näherer Blick auf Rimavská Sobota (im Folgenden: R.S.), das gerade einmal so groß wie Torgau ist, aus dem aber die meisten der Slowak\*innen in der Stadt stammen, verdeutlicht beispielhaft den Charakter transnationaler Städtenetzwerke. Vor 1989 war R.S. ein bedeutsamer Produktionsstandort der Lebensmittelindustrie, doch Privatisierungen und Betriebsschließungen markierten den wirtschaftlichen Niedergang der gesamten Region, die nunmehr der ärmste Landesteil der Slowakei mit der höchsten Arbeitslosenquote ist. Seit der Aufnahme der Slowakei in die EU 2004 wurde R.S. zur "inneren Peripherie": hierhin lagern europäische Unternehmen bestenfalls einfache, körperlich anspruchsvolle Arbeiten aus. Ansonsten fungiert die Region als Arbeitskräftereservoir für ökonomisch im Vergleich stärkere Räume im Zentrum der EU - wie z.B. Torgau.

Konkret scheint die Verbindung zwischen R.S. und Torgau auf die persönliche Aktivität eines Recruiters eines nordsächsischen Unternehmens zurückzugehen, der in R.S. insbesondere auf die besonders von Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung betroffenen Rom\*nja zugegangen ist. Aus den ersten Arbeitsvermittlungen nach Torgau entwickelte sich allmählich ein dichtes Netzwerk von Bekannten, Geschäftspartner\*innen und Familien, die zwischen den zwei Orten pendeln. Mit und neben den involvierten Menschen zirkulieren in diesem Netzwerk Güter, Finanzen und spezifisches Wissen. Mithin werden dadurch soziale Probleme und Armutslagen sichtbar, die

---

<sup>38</sup> In Torgau lebten 2018 rund 1200 Bürger\*innen aus EU-Ländern, darunter rund 550 Slowaken, 280 Polen und 180 Rumänen ([https://www.torgauerzeitung.com/Artikel/default.aspx?t=NewsDetailModus\(95094\)](https://www.torgauerzeitung.com/Artikel/default.aspx?t=NewsDetailModus(95094))). Eine Stichprobe bei Facebook-Profilen im Februar 2021 ergab, dass allein 87 Profile auffindbar waren, bei denen die Nutzer\*innen angaben, aus Rimavská Sobota zu stammen und in Torgau zu wohnen bzw. zu arbeiten. Ähnlich enge, transnationale Netzwerkbeziehungen scheint es zu Sfântu Gheorghe in Rumänien zu geben.

global an den Rand gedrängt sind und nun im ökonomischen Zentrum (Deutschland) unerwartet für Aufmerksamkeit und Auseinandersetzungen (wie beispielsweise in NW) sorgen.

## 2.7. Die Ethnisierung der sozialen Frage

Wie in 2.4. beschrieben wurde, führt ein komplexes Zusammenspiel von ökonomischen Prozessen, räumlichen Ungleichheiten und Migration zur Sichtbarwerdung globaler Armut in den Städten und Regionen Westeuropas. Konkret in unserem Fall: Vom schwierigen Transformationsprozess der sozialistischen Tschechoslowakei zur marktwirtschaftlich organisierten Slowakei; von der Abwertung landwirtschaftlicher Regionen innerhalb der Slowakei (und der gleichzeitigen Aufwertung der Hauptstadt Bratislava); von der Polarisierung der EU-Regionen in Wachstumskerne und in Räume, in denen Probleme ausgelagert und aus denen Arbeitskräfte selektiv und temporär angeworben werden; und nicht zuletzt: von der jahrhundertealten Geschichte der Diskriminierung der Rom\*nja führen die Entwicklungspfade bis hin zu den "Problemblocken" NW's, in denen nun die Krisen kulminieren und sichtbar werden. Da die Komplexität der Ursachen jedoch *nicht* sichtbar wird, ist der Alltagsverstand der länger ansässigen Anwohner\*innen in NW auf das ganz Konkrete verwiesen: die in 2.1. beschriebenen Probleme im Stadtteil. Und häufig bedeutet dies auch, dass es einfacher zu sein scheint, diese Probleme als Ausdruck der Andersartigkeit von bestimmten Menschengruppen zu betrachten. Diese Ethnisierung der sozialen Frage macht aus den realen Problemen von Armut und Fremdbestimmtheit eine Frage von geerbter Veranlagung und Kultur. In diesem Blick sind Gruppen und Individuen letztlich selbst verantwortlich für ihre Armut.

Bei unseren Untersuchungen und Gesprächen in NW kamen uns solche Ethnisierungen und der Verweis auf unterschiedliche "Kulturen" häufig zu Ohren und auch die Wahlergebnisse der AFD dürften mit diesen Einstellungen zusammenhängen. Einher geht damit auch der Wunsch, über bestimmte Menschengruppen verfügen zu können: So wurde bereits in den 1990er-Jahren in NW gefordert, die Spätaussiedler\*innen gleichmäßig auf die Wohnhäuser zu verteilen, um "Konzentrationen" zu verhindern; eine Forderung, die auch aktuell in Bezug auf die Menschen aus Osteuropa immer wieder zu hören ist.

## 3. Vorschläge für eine Erweiterung von Handlungsfähigkeit in Nordwest

Der Stadtteil NW in Torgau war in den letzten 30 Jahren von multiplen Problemen geprägt, auf die mit einer kontinuierlichen Verdichtung von Interventionen und der Verstärkung der sozialen Akteurskulisse reagiert wurde. Neben einigen Erfolgen stehen die Akteur\*innen vor Ort aber mittlerweile ratlos gegenüber den als sehr belastend und lokal kaum lösbar erscheinenden Problemen. Die folgenden Vorschläge für eine Erweiterung von Handlungsfähigkeit in NW berücksichtigen diese Situation. Angesichts der kaum eingelösten Versprechungen sozialer Kohäsion vorheriger Interventionen sollen nicht neuerlich Versprechungen gemacht werden. Vielmehr werden exemplarisch Stellschrauben identifiziert, an denen maßgeblich das Erleben von Handlungsfähigkeit der Bevölkerung NW's geknüpft ist und die wohl nur in langfristiger Perspektive zu beeinflussen sind.

Mit Handlungsfähigkeit meinen wir dabei, dass Menschen erleben, dass sie durch ihr Handeln ihren Alltag selbst

kontrollieren und mitbestimmen können. Ihr Alltagsleben in Wohnung, Arbeit und Freizeit tritt ihnen also nicht als etwas Fremdes und Unkontrollierbares entgegen, sondern ist durchsichtig, verständlich und beeinflussbar.

Gerade in Stadtteilen wie in NW erleben Menschen in krisenhaften Lebenslagen (Arbeitslosigkeit, Alters- und Kinderarmut, schlechte Arbeitsverhältnisse) ihren Alltag als wenig selbstbestimmt. Vielmehr sind sie es gewohnt, auf verschiedene Weise verwaltet zu werden: vom Jobcenter, der Ausländerbehörde, aber auch den sozialen Trägern vor Ort (siehe 2.5.).

Wo ließen sich demgegenüber Selbstwirksamkeitserfahrungen in NW machen?

### 3.1. Genossenschaftsidee stärken

Wohnungsgenossenschaften stellen eine Ressource der Handlungsfähigkeit dar, da der Wohnungsbestand den Bewohnenden anteilig und kollektiv gehört. Leider sind die ursprünglichen Selbstverwaltungstraditionen der "alten" Genossenschaften in den letzten Jahrzehnten zugunsten einer möglichst reibungslosen Verwaltung gewichen. Das "Wohngefühl" in Genossenschaftseigentum unterscheidet sich dabei kaum von dem in einer privat vermieteten Wohnung. Es wäre wieder stark zu machen, dass Genossenschaftsmitglieder sich kontinuierlich beteiligen können (ohne vertreten zu werden), um bspw. über bauliche Umgestaltungen und Gemeinschaftsflächen entscheiden zu können. Da in Nordwest immerhin 480 Wohnungen zur Wohnungsgenossenschaft Torgau e.G. gehören, stellen sie ein immenses Potential für eine neue *Wohndemokratie* dar.

### 3.2. Betriebsräte stärken

Wie immer offensichtlicher wird, stehen viele soziale Probleme in NW in Zusammenhang mit prekären Arbeitsverhältnissen und nordsächsischen Großunternehmen. Als ein Hauptproblem stellte sich heraus, dass in NW von den Angeboten des Migrationsdienstes teils Aufgaben für Arbeitnehmer\*innen zu lösen sind, die eigentlich Betriebsrät\*innen in den Unternehmen anzugehen hätten. Da es diese häufig in den Unternehmen nicht gibt bzw. sie sich nicht für (migrantisierte) Leiharbeiter\*innen zuständig fühlen, werden die sozialen Probleme nicht im Betrieb, sondern erst im Wohngebiet sichtbar. Eine von außen initiierte Betriebsräteinitiative ist bisher daran gescheitert, dass die angesprochenen Arbeitnehmer\*innen zu große Angst vor innerbetrieblichen Repressionen haben.

### 3.3. "Produktion" vor Ort fördern

Produktion im eigentlichen Sinne ist zumeist an Eigentumstitel geknüpft. Da abgesehen vom Genossenschaftseigentum viele Bewohnende NW's wenig mehr als ihren eigenen Hausrat besitzen, wären alternative Aneignungsformen für den Stadtteil wichtig. Im Sinne des oben skizzierten Begriffs der Handlungsfähigkeit sollten die Menschen einen nicht-veranstalteten und -verwalteten Zugang zu ihrer alltäglichen Lebensumwelt gewinnen. Ein gutes Beispiel ist der im Jugendcafé im Rahmen eines Workshops entstandene Song "Torgau ist mein Team"<sup>39</sup>.

<sup>39</sup> „Der Song "Torgau ist mein Team" und das Musikvideo entstanden [2020] innerhalb des Projektes ALLES NUR BLUFF des Schweizerhaus Püchau e.V. in Kooperation mit EC Jugendcafé Chillout, Ongoing Projects GbR und Romano Sumnal e.V.“: <https://vimeo.com/474626304>.

Kinder und Jugendliche aus dem Stadtteil erhielten hier die Möglichkeit eine eigene "Produktion" in die Welt zu bringen. Gerade für Jugendliche in NW braucht es mehr entsprechend jugendspezifische und lebensweltadäquate Beteiligungsformate und (Frei-)Räume, damit sie Selbstwirksamkeit und Handlungsfähigkeit in ihrem Alltag erfahren. Selbstorganisationsprozesse in NW anzuregen hat sich in der Vergangenheit immer als sehr schwierig herausgestellt; manchmal müssen sie aber auch nur zugelassen werden.

### 3.4. Alternative Städtepartnerschaften pflegen

Wie in 2.6. dargestellt wurde, kann von mehreren transnationalen Städtenetzwerken gesprochen werden, in denen Torgau einen Netzwerkknoten darstellt. Diese bisher unsichtbaren Verbindungen zwischen hunderte Kilometer voneinander entfernten Kleinstädten sollten mit mehr Wohlwollen und Aufmerksamkeit betrachtet werden. Nach dem Motto: Sichtbarmachen, was ohnehin da ist, kann das Netzwerk auch als dialogische Konstellation aufgefasst werden, in dem bspw. Künstler\*innen aus der (unsichtbaren) Partnerstadt zu Veranstaltungen eingeladen werden. Unbedingt sind dabei Formate zu wählen, in denen sich die Menschen aus den Partnerstädten selbstorganisiert (wieder leichter gesagt als getan) einbringen können. Als Einstieg könnte bspw. eine Ausstellung zu Rimavská Sobota erarbeitet werden, damit gerade im Kontext dieser zwei ökonomisch sehr ungleichen Regionen ersichtlich wird, dass auch im relativ "reicheren" Torgau ein Interesse am Alltagsleben in R.S. besteht. Durch eine entsprechende transnationale Perspektive, kann auch für junge Menschen ein „ressourcenorientierter Zugang zum Verhältnis von Jugend und Migration aufgegriffen“<sup>40</sup> werden. Denn junge Menschen im Viertel machen durch dessen vielfältige Zusammensetzung schon viele Erfahrungen mit transnationaler Mobilität. Diese Erfahrungen können bspw. im Kontext von internationalen Jugendbegegnungen produktiv genutzt werden.

---

<sup>40</sup> BMFSFJ (2017): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. 15. Kinder- und Jugendbericht. S. 265, (<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/115438/d7ed644e1b7fac4f9266191459903c62/15-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>).